

PPP-Theater-Projekt? - So oder so nicht machbar!

Ein Fazit:

Sowohl der Befürworter von PPP-Projekten, Herr Dr. Christensen, als auch die Skeptikerin, Frau Sternatz aus Thüringen, hielten beide ein Ergebnis der Diskussionsrunde, die auf Einladung der SPD-Fraktion zum Thema „PPP Theater Trier: Fluch oder Segen?“ durchgeführt wurde, fest, welches meiner Meinung nach unbedingte Beachtung finden muss:

Hat eine Stadt oder eine Kommune kein Geld, um einen Baukomplex konventionell, d.h. unter der Eigenregie des städtischen Bauamtes, zu realisieren, dann geht das auch nicht über eine Finanzierung mittels eines PPP-Projektes! In diesem Fall kann man keine Bauvorhaben realisieren.

Zu den ausreichend vorhandenen Finanzmitteln einerseits muss aber auch eine entsprechende Personalausstattung der Verwaltung andererseits vorhanden sein, die darüber hinaus auch so kompetent sein muss, Projekte dieser Größenordnung planen und begleiten zu können!

PPP-Projekte wurden von Dr. Christensen als „Instrument der Optimierung“ von Verwaltungs- und Wirtschaftsvorgängen vorgestellt, mit dem Ziel, „wirtschaftlicher“ Arbeiten zu können als auf konventioneller Weise. Das „rechnet“ sich freilich im größerem Umfang für das Land RLP als für die einzelne Kommune, die zwischen 2% und 4% günstiger liegen können bei einem PPP-Projekt, wobei im Einzelfall – so Christensen – sicherlich (!) auch bis zu 10 % zu erreichen seien.

Insofern kommt alles - und darauf legte Frau Sternatz zu Recht wiederholt Wert - auf eine „seriöse Wirtschaftlichkeitsstudie“ in Bezug auf das jeweilige Projekt – hier das Theater Trier – an, die von der Stadtverwaltung zuvor erstellt werden muss.

Erst nach dieser Studie und auf der Grundlage dieser Daten, kann der Stadtrat über die ausführende Verfahrensweise entscheiden: Ein konventioneller Bau oder eine PPP-Realisierung – wobei die PPP-Realisierung dann gegenüber dem konventionellen Bau (erheblich) „günstiger“ sein muss, da die Zielvorgabe eines PPP-Projektes ja per definitionem eine „bessere Wirtschaftlichkeit“ erreichen will.

Ein „Verschiebeparkhaus“ von Haushaltsschulden, die so oder so anstünden, darf ein PPP-Projekt aber in keinem Fall werden. Auch in dieser Einschätzung waren sich Frau Sternatz und Herr Dr. Christensen einig.

Das Augenmerk auf eine „geschickte Verhandlung mit dem Investor des PPP-Projektes“ über die Einzelheiten einer Risikoverteilung zu legen, sei zwar wichtig betonte der Trierer Dezernent Thomas Egger, aber nicht die erste zu treffende Entscheidung des Stadtrates, ergänzte Frau Sternatz! Bis zu diesem Punkt gäbe es noch zahlreiche Möglichkeiten u.U. auch die „Reißleine“ in Bezug auf beide Realisierungsmöglichkeiten zu ziehen, worauf der Landesrechnungshof RLP auch schon bei der Realisierung des Trierer Südbades hingewiesen hatte, was aber von der Verwaltung in Trier – laut Rechnungshof - ignoriert wurde!

Vor diesem oben dargestellten Hintergrund muss ich leider feststellen, dass mit Blick auf den Finanzhaushalt der Stadt Trier, der sowieso schon unter dem Vorbehalt der ADD steht, weder eine Theatersanierung (geschätzte Kosten ca. 23 Millionen Euro) noch ein Theaterneubau (geschätzte Kosten

ab 50 Millionen Euro aufwärts) realistischer Weise in Frage kommen. Zumal erst Recht nicht, wenn das Land RLP zusammen mit den Kommunen und der Stadt Trier einen „Entschuldungsfond“ einrichten will, bei dem schon jetzt klar ist, dass weitere sog „freiwillige Leistungen“ der Stadt Trier – und nicht nur diese (!), laut ADD – auf den Einsparungsprüfstand des Stadtrates „müssen“!

Selbst, wenn sich ein Investor für ein PPP-Projekt fände, dann bleiben immer noch ungeklärte Fragen wie beispielsweise, nach welchem Vertragsmodell (Miete oder Teilhabe) die Verträge mit dem privaten dem Investor ausgehandelt werden sollen, ohne das die von der Stadt monatlich zu zahlenden Mieten, etc. auf einen sog. „Lebenszyklus“ von 25 Jahren gerechnet den Haushalt der Stadt auf lange Sicht nicht doch noch sprengten.

Der Vertreter des Trierer Theaters, der Chefdramaturg Herr Oppermann, wies in seinem Statement darauf hin, dass ein möglicher, privater Investor unter keinen Umständen Einfluss auf die „künstlerische Gestaltungsfreiheit des Theaters“ nehmen könne und nehmen dürfe, denn das Drei-Sparten-Theater Trier sei nicht nur einem „Wirtschaftlichkeitsdiktat“ unterworfen, sondern auch einem „gesellschaftlichen Bildungsauftrag verpflichtet“, der sich mitunter nur durch Mischkalkulationen rechne und finanziell rechtfertigen lasse.

Meine Frage in diesem Zusammenhang lautet: Welchem „Lebenszyklus“ ist eigentlich eine „nagelneue Theatertechnik“ (Hydraulik, Bühnen, Elektronik, etc.) unterworfen, die als künstlerisch praktikabel eingeschätzt wird, bevor sie dann als „veraltet“ gilt und nicht mehr benutzt werden wird, so dass nach wie vor in Trier keine technisch anspruchsvollen Theaterproduktionen aufgeführt werden können, und dies, obwohl die vom Investor neu eingebaute Technik „up today“ ist, der Investor sich aber nicht zuständig oder nicht in der Lage sieht, für einzelne Theaterproduktionen einen neueren Stand der Technik durch Nachrüstungsnachzahlungen beispielsweise schon nach ca. 7 Jahren zu realisieren!?! – Was dann? – Springt in einem solchen Fall erneut der Stadtrat als Finanzgeber ein?

Nimmt man noch den Bericht des Landesrechnungshofes RLP zur PPP-Realisierung des Trierer Südbades in eine mögliche „Abwägung für und wider“ mit hinzu, dann wird man aufgrund der vom Landesrechnungshof dort geäußerten Kritik an den Verfahrensabläufen und Wirtschaftlichkeitsberechnungen der Stadtverwaltung weder einem PPP-Projekt noch einer konventionellen Realisierung zustimmen können.

Neben einem kreativen Theaterbetrieb in Trier wird wohl auch weiterhin eine „kreative“ Buchführung angefragt sein, um Projekte dieser Größenordnung zu realisieren. – Wer aber will das schon?

21.05.2011

Johannes Verbeek